

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

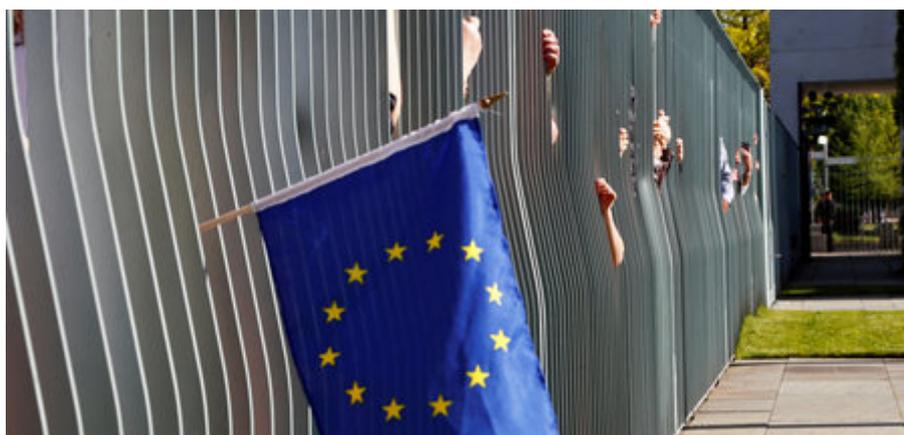
European Languages

زبانهای اروپایی

Von Jörg Kronauer  
27.06.2021

## Hardliner schotten EU ab

Merkel und Macron scheitern bei Gipfel mit Vorstoß zur Annäherung an Russland. Türkei weiterhin Türsteherin



Fabrizio Bensch/Reuters

*Ein Dialog mit Wladimir Putin, geschweige denn eine Aufnahme von Flüchtlingen in größerer Zahl, wurde beim jüngsten EU-Gipfel ausgeschlossen*

Erbitterter Streit hat den am Freitag zu Ende gegangenen EU-Gipfel in Brüssel dominiert. Heftige Debatten tobten zum einen um die Russland-Politik. Wie erwartet, einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs zunächst auf ein noch konfrontativeres Vorgehen gegen Moskau. So soll nun ein Plan erarbeitet werden, der bei unbotmäßigem Verhalten der russischen Regierung neue Strafmaßnahmen vorsieht. Er soll explizit auch Wirtschaftssanktionen umfassen. In der offiziellen Gipfelerklärung heißt es, man sehe »die Notwendigkeit einer entschlossenen und koordinierten Reaktion der EU und ihrer Mitgliedstaaten« auf »jede weitere böswillige, rechtswidrige und disruptive Aktivität

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

Russlands«. Die EU-Kommission hatte bereits in der vergangenen Woche den »weiteren Niedergang« der Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau prognostiziert.

Fand die weitere Zuspitzung des Konflikts mit Russland unter den 27 Staats- und Regierungschefs allgemeine Zustimmung, so gab es heftige Auseinandersetzungen um den Vorschlag von Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, in Zukunft auch wieder Treffen mit dem russischen Amtskollegen Wladimir Putin abzuhalten. Merkel und Macron hatten sich intern vor einer Woche darauf geeinigt und den Vorschlag zunächst am Mittwoch beim Treffen der EU-Botschafter präsentiert, bevor sie ihn am Donnerstag dem EU-Gipfel vorlegten. Zur Begründung hieß es, es gehe nicht an, dass US-Präsident Joseph Biden sich – wie etwa vergangene Woche in Genf – mit Putin treffe, die EU aber keinerlei direkten Kontakt habe. Eine Rolle gespielt haben mag, dass Brüssel sich mit seiner ausschließlich konflikteskalierenden Politik in Abhängigkeit von antirussischen Hardlinern in den baltischen Staaten sowie in Polen und damit von deren Bezugspunkt Washington begibt. Eine eigenständige Weltpolitik, wie sie Berlin und Paris anstreben, setzt größere eigene Spielräume voraus. Der Merkel/Macron-Vorstoß wurde von ebenjenen Hardlinern unterbunden

Mindestens so heftige Auseinandersetzungen gab es um das neue ungarische »Gesetz zur Einschränkung der freien Information über Homo- und Transsexualität«, das die Darstellung nichtheterosexueller Beziehungen unter Jugendschutz stellt. Regierungschef Viktor Orban wurde dafür ungewohnt heftig attackiert; der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte forderte ihn sogar explizit auf, für sein Land ein EU-Austrittsverfahren einzuleiten, sollte Budapest das Gesetz nicht rückgängig machen. Der belgische Premier Alexander De Croo berichtete, die EU-Kommission habe klargestellt, sie werde in der Sache »ein Vertragsverletzungsverfahren starten«. Unterstützung unterhielt Ungarn lediglich von Polen und von Slowenien.

Einigkeit herrschte in Brüssel unter anderem bei der Inkraftsetzung der jüngsten Sanktionen gegen Belarus, die den Handel unter anderem mit Öl- und Gasprodukten treffen und Beschränkungen beim Zugang zum EU-Kapitalmarkt vorsehen. Keinen Widerspruch gab es auch dagegen, dass der »Flüchtlingspakt« der Union mit der Türkei verlängert wird. Ankara wird also weiterhin für die EU, die sich penetrant als Hüterin der Menschenrechte inszeniert, den Türsteher bei der Abwehr unerwünschter Kriegs- und

Armutsfüchtlinge spielen. Im Gespräch ist eine Ausgleichszahlung im Wert von rund 3,5 Milliarden Euro bis 2024.

Junge Welt 26.06.2021